

Antrag

der Abgeordneten Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Jürgen Martens, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Bildungs- und Betreuungsgarantie – Deutschlandweit für alle Kinder und Eltern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jeder einzelne Tag, an dem Kinder in den Genuss von frühkindlicher und schulischer Bildung kommen, vergrößert ihre Chancen auf ein eigenständiges Leben. Jeder einzelne Tag, an dem sie von qualitativ hochwertiger Bildung profitieren, sichert ihnen ein Stück mehr Selbstbestimmung über ihren eigenen Lebenslauf. Der Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten ist ein zentraler Baustein guter Sozialpolitik. Zu keiner Zeit darf das Recht auf Bildung für unsere Kinder daher erneut eingeschränkt werden – auch nicht während einer globalen Pandemie. Bund und Länder müssen aus diesem Grund mit vereinten Kräften alles dafür tun, um flächendeckende Schulschließungen und den erneuten ersatzlosen Unterrichtsausfall wie zu Beginn der Corona-Pandemie mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie zeigen, dass sich weder KiTas noch Schulen zu einem Corona-Hotspot entwickelt haben. Wenn es im Herbst oder Winter zu lokalem Infektionsgeschehen kommt, können und dürfen daher flächendeckende Schließungen von Bildungseinrichtungen in Deutschland nicht die Antwort sein. Bei regionalen Schließungen muss die Betreuung in den KiTas in Präsenz, unter Einhaltung der Quarantänevorschriften, und der Unterricht in den Schulen

– ob in Präsenz oder digital – in jedem Fall und ohne Qualitätsverlust sichergestellt sein.

Eine bundesweite Bildungs- und Betreuungsgarantie ist daher ein notwendiges Element für die dauerhafte Sicherung weltbesten Bildungschancen. Das Recht auf Bildung muss mit einer staatlichen Verpflichtung zur Betreuung und Beschulung von Kindern und Jugendlichen einhergehen. Der Zugang zu hochwertigen Bildungsangeboten muss für alle Kinder gleichermaßen und zu jeder Zeit gewährleistet sein. Dies gilt für Präsenzunterricht ebenso wie für digitale Bildungsangebote. Wenn Schulunterricht vor Ort vereinzelt und zeitweise nicht möglich ist, muss reibungsfrei auf digitalen Unterricht von zu Hause ausgewichen werden können. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschlands Schulen und Haushalten ist insofern ein zentraler Bestandteil einer solchen staatlichen Bildungsgarantie.

Die Bundesregierung und die Länder sollten sich im Sinne einer solchen Bildungs- und Betreuungsgarantie auf gemeinsame Standards für die dauerhafte Sicherstellung von Bildungs- und Betreuungsangeboten verständigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bildungs- und Betreuungsgarantie zum Gegenstand der nächsten Beratungen zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten zu machen,
2. die Bundesministerin für Bildung und Forschung sowie die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unverzüglich zu beauftragen, die vorbereitenden Verhandlungen für eine Bildungs- und Betreuungsgarantie mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern der Länder zu koordinieren,
3. zu prüfen, wie der Bund die Länder bei den Vorbereitungen und der Durchführung einer Bildungs- und Betreuungsgarantie unterstützen kann.

Berlin, den 6. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion